



KLIMAPOLITIK MIT NEUEN ZIELEN, ABER OHNE WEG

Neue EU-Klimaziele belasten die Industrie zur Unzeit



KINDERTAG DER INDUSTRIE

Kinder tauchen in die Welt der Technik ein

Seite 2



STEIERMARK

Rede auf der Vollversammlung der IV-Steiermark

Seite 10



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

FONDS ZUKUNFT ÖSTERREICH

Klarer Fokus auf Schlüsseltechnologien

Seite 4

Kindertag der Industrie weckt Begeisterung für Technik

Rund 1.000 Kinder tauchten im Haus der Industrie in die Welt von Forschung, Raumfahrt und Innovation ein – mit interaktiven Workshops, kreativen Experimenten und einem Weltrekordversuch der besonderen Art.



Beim diesjährigen „Kindertag der Industrie“, der am 25. und 26. Juni im Wiener Haus der Industrie stattfand, waren erneut rund 1.000 Kinder mit Begeisterung dabei. Die beiden Tage wurden wie gewohnt von der Industriellenvereinigung gemeinsam mit Science Pool organisiert. Ziel der Veranstaltung ist es, Kinder und Jugendliche frühzeitig für technische und naturwissenschaftliche Themen zu begeistern – ein entscheidender Beitrag zur Nachwuchsförderung in der Industrie.

Der „Kindertag der Industrie“ hat sich als bedeutende Plattform etabliert, um bei Kindern im Alter von sechs bis 14 Jahren Neugier für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und

Technik) zu wecken. In verschiedenen Junior-Labs und Workshops erforschten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer spannende Fragestellungen wie: Wie sieht die Stadt der Zukunft aus? Wie entsteht ein Medikament? Und was macht ein Roboter in einer Fabrik?

„Es ist wichtig, dass sich Kinder für Technik und Industrie interessieren. Wir möchten ihnen durch den ‚Kindertag der Industrie‘ die Welt der Unternehmen zeigen und Wissen im Bereich der MINT-Fächer auf spielerische Art vermitteln“, betont IV-Präsident Georg Knill. „Wenn Kinder frühzeitig mit naturwissenschaftlichen und technischen Inhalten in Berührung kommen, können sie ihre Neugierde und Kreativität entfalten; das ist

die Grundlage für eine innovative und zukunftsorientierte Gesellschaft.“

Weltrekordversuch mit der „fliegenden Eierspeis“

Ein besonderes Highlight in diesem Jahr war der spektakuläre Weltrekordversuch im großen Festsaal des Hauses der Industrie: Unter dem Motto „Die fliegende Eierspeis“ versuchten zahlreiche Kinder, rohe Eier so zu verpacken, dass sie einen Fall von der Galerie im großen Festsaal im Haus der Industrie unbeschadet überstehen.

Industrie hautnah erleben – mit starken Partnern

Unternehmen wie Energie AG, Boehringer Ingelheim RCV, Infineon Technologies Austria, Austrian Airlines,



voestalpine AG, Karl Rejlek GmbH, UNIQA Insurance Group, FACC AG, KiTec, Siemens AG Österreich, ÖBB-Business Competence Center, AIT, Wiener Stadtwerke und viele weitere ermöglichten es den Kindern, Industrie hautnah zu erleben – von Robotik über Medizintechnik bis zu nachhaltiger Energie.

Selenskyj in Wien: „Wirtschaft ist Brückenbau“

Wolodymyr Selenskyj, der Präsident der Ukraine, traf am 16. Juni zum ersten Staatsbesuch seit dem Überfall Russlands auf sein Land in Wien ein. Bei einem Treffen mit den Spitzen der heimischen Wirtschaft wurde der Wille zur tiefgehenden Zusammenarbeit bekräftigt.



V.l.n.r.: WKÖ-Generalsekretär Jochen Danninger, Infrastrukturminister Peter Hanke, die ukrainische Vize-Premierministerin und Wirtschaftsministerin Yulia Svyrydenko, Präsident Wolodymyr Selenskyj, Bundeskanzler Christian Stocker, Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer, IV-Präsident Georg Knill und IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner.

Präsident Selenskyj, der mit einer Wirtschaftsdelegation angereist war, traf neben der Bundesregierung auch mit Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung, IV-Niederösterreich-Präsi-

dent Kari Ochsner und WKÖ-Generalsekretär Jochen Danninger zusammen. Thema bei dem Treffen war die konkrete Umsetzung gemeinsamer Projekte im Wiederaufbau, in der Energieversorgung und der technologischen Entwicklung.

Unter anderem wurde auch eine Absichtserklärung zur Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation unterschrieben. Laut einer aktuellen Studie von EcoAustria könnten österreichische Unternehmen beim Wiederaufbau in den Bereichen Bauwirtschaft, Maschinenbau, Metallindustrie sowie wissenschaftlichen, technischen und IT-Dienstleistungen eine wichtige Rolle spielen.

IV-Präsident Georg Knill unterstreicht, dass Österreichs Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine nicht nur ein Gebot wirtschaftlicher Weitsicht sei, sondern auch ein europäischer Schulterschluss zur Stärkung demokratischer Werte. „Wirtschaft ist Brückenbau, und wir bauen diese Brücken nicht auf dem Papier, sondern mit Projekten, Investitionen und Know-how. Österreichs Industrie kann und will dabei eine tragende Rolle spielen.“ Die Ukraine und Österreich verbinden enge

wirtschaftliche Beziehungen mit einem Handelsvolumen von rund 1,5 Milliarden Euro. Bereits vor dem Krieg war Österreich der sechstwichtigste Investor vor Ort.

Die Ukraine zähle zu Europas größten Zukunftsmärkten, betont IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner. Der Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg mit einem Volumen von mehr als 500 Milliarden Euro ist ein gigantisches Vorhaben. „Beim Wiederaufbau wird alles gefragt sein – von Energie- und Gebäudetechnologien über Schienen- und Straßeninfrastruktur bis hin zur Expertise in den ‚Erneuerbaren‘. Hier kann die österreichische Industrie mit ihrem Know-how, ihrer Innovationskraft und ihrer internationalen Erfahrung einen wichtigen Beitrag leisten.“

Klima-Goldplating: Politischer Aktionismus mit teuren Folgen

Die EU hat sich gemeinsame Klimaziele gesteckt und verschärft die Zwischenziele immer wieder, Österreich schert sowieso aus dem europäischen Fahrplan aus – am Endergebnis für das Klima verbessert das nichts, national aber wird in der Rezession weiter die Wettbewerbsfähigkeit riskiert.



Die Klimaziele sind ein österreichisches Meisterstück des Goldplatings – eines übereifrigen Engagements, das man in anderen Bereichen schmerzlich vermisst (denken wir nur an Strukturreformen, Bürokratieabbau oder steuerliche Entlastungen!) und das leider an dieser Stelle völlig unangebracht, ja sogar schädlich ist.

Die EU-Kommission hat im Juli festgelegt, dass die Union insgesamt bis 2040 90 Prozent der Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen muss und – dies ist unverändert – bis 2050 klimaneutral sein soll. Österreich ist damit Teil eines europäischen Emissionsbudgets, das gemeinschaftlich abgebaut wird. Hierzulande hat man sich aber dazu entschieden, vorzupreschen: Wir wollen schon 2040 klimaneutral sein. Wenn wir zehn Jahre früher fertig sind, dann bedeutet

das aber, dass andere Mitgliedstaaten sich entsprechend weniger anstrengen müssen, um das gemeinsame EU-Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen. Das CO₂-Budget ist begrenzt, aber innerhalb der EU aufteilbar. Global oder europäisch gesehen ist damit für das Klima nichts (!) gewonnen, national gesehen allerdings viel riskiert.

Denn die wirtschaftlichen Folgen sind signifikant – für Unternehmen wie auch für die Bürgerinnen und Bürger. Unternehmen in Branchen, die ohnehin im internationalen Wettbewerb unter Druck stehen und deren Investitionsmittel begrenzt sind, müssen womöglich Produktionsanlagen noch schneller als geplant abbauen oder Fuhrparks außer Betrieb nehmen. Das gilt auch für effiziente Heizsysteme und Verbrenner-Pkw. Für teure Ersatzinvestitionen ist oft das Geld nicht vorhanden.

Darüber hinaus erhöht sich der Druck auf die ohnehin aus dem Ruder gelaufenen öffentlichen Haushalte. Die hohen Investitionskosten, die nun innerhalb von 15 Jahren statt 25 Jahren, wie im EU-Rahmen vorgesehen, gestemmt werden müssen, lassen sich nur durch milliarden schwere Förderprogramme, soziale Ausgleichsmaßnahmen und flankierende Infrastrukturinvestitionen bewältigen. Auch das Risiko teurer Kompensationszahlungen wächst: Wenn Österreich – wie derzeit absehbar – seine nationalen Ziele nicht erreicht, müssen im Rahmen des EU-weiten „Effort Sharings“ Emissionsgutschriften aus dem Ausland gekauft werden. Die Verfügbarkeit solcher Emissionsgutschriften ist jedoch mehr als fraglich.

Den europäischen Kurs sollte Österreich ambitioniert, aber eben bitte umsetzbar

mitgestalten. Und damit das nochmals klar gesagt wird: Die Industrie steht zum europäischen Klimaziel 2050 und beweist täglich, dass sie ihren Beitrag dazu leistet. Um das Ziel zu erreichen, braucht es aber verlässliche Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und ein Ende des politischen Aktionismus. Sonst wird entweder das Ziel verfehlt – oder Betriebe werden zum Abwandern oder Zusperrern gezwungen. Und das kann ja wohl nicht im Sinne des Erfinders sein.

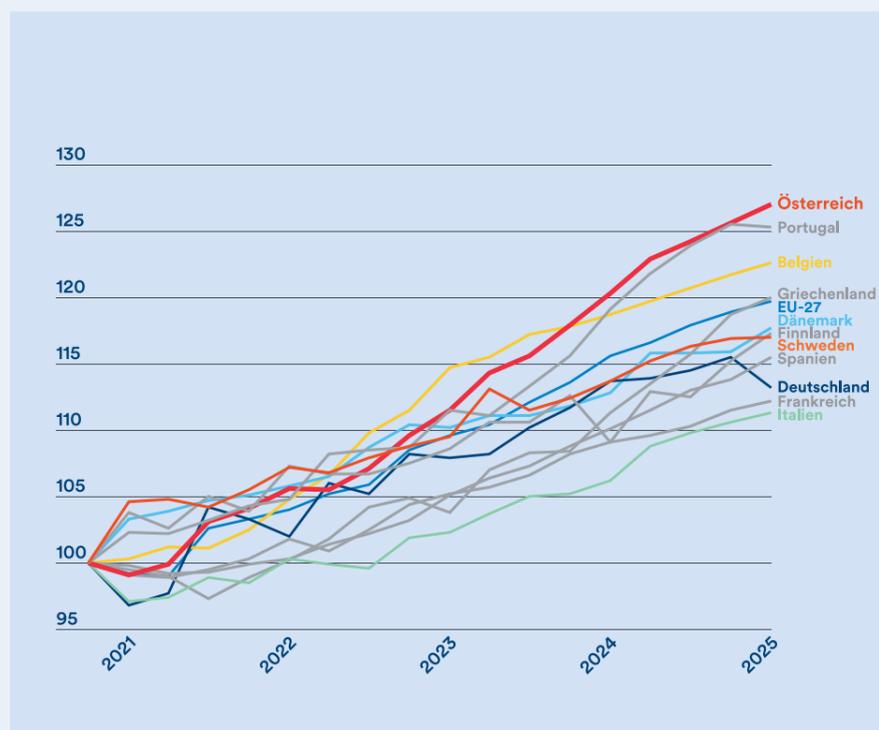
Ihr 

Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Industrie-Arbeitskosten stiegen zuletzt stark

Entwicklung der nominalen Arbeitskosten in der Industrie (ohne Baugewerbe), quartalsweise (Index: 2020 = 100)



Quelle: Eurostat

Anmerkung: Die Arbeitskosten beinhalten das Arbeitnehmerentgelt plus Steuern minus Zuschüsse; saison- und kalenderbereinigt; Länderauswahl.

Die nominalen Arbeitskosten in der heimischen Industrie stiegen in den letzten fünf Jahren um 27,0% (2020 bis Q1-2025). Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber unmittelbaren Konkurrenzländern wie Italien (+11,3%), Deutschland (+13,2%) oder Schweden (+17,0%) litt hierunter deutlich. Im EU-Schnitt stiegen die Industrie-Arbeitskosten um 19,7%.

Zahl des Monats

15,1

Krankenstandstage nahmen unselbstständig Beschäftigte 2024 durchschnittlich in Anspruch – ein deutlicher Anstieg gegenüber der Vor-Corona-Zeit (2019: 13,3 Tage). Laut Wifo entspricht dies einem Verlust von 4,1% an Jahresarbeitszeit (2019: 3,6%). Ein durchschnittlicher Krankenstand dauerte 9,2 Tage, wobei kurze Krankenstände besonders häufig waren. Die Erkrankungsquote stieg auf 70,1% (2019: 64,0%), was bedeutet, dass sieben von zehn Arbeitnehmern 2024 mindestens einen Tag krankheitsbedingt fehlten.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, Mario Hanousek, Emmerich Mädl, Marija Kanizaj, Helge Bauer, IV-NÖ, IV Tirol, IV-Salzburg / Kolarik, IV-OÖ, WirtschaftsagenturWien_HannesBuchinger

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Expertinnenmeinung von JUDITH OBERMAYR-SCHREIBER

Was die „größte Strommarkt-Reform seit 20 Jahren“ der Industrie bringt

Das Elektrizitätswirtschaftsgesetz ist endlich in Begutachtung. In einer ersten Einschätzung sieht die Industriellenvereinigung die Gelegenheit, dass die geplanten Maßnahmen das Stromsystem auf die Höhe der Zeit heben.

Die Regierung hat Anfang Juli den bereits lange überfälligen Entwurf zum Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ELWG) in Begutachtung geschickt. Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer bezeichnete das ELWG als „größte Strommarkt-Reform seit 20 Jahren“. Die Industriellenvereinigung begrüßt das Gesetzesvorhaben grundsätzlich und will die geplanten Maßnahmen in der Begutachtungszeit noch genauer prüfen.

Für die Industrie schafft das ELWG neue Rahmenbedingungen für Direktleitungen, die bislang aufgrund restriktiver Judikatur nur sehr eingeschränkt möglich waren,

und einen Rechtsrahmen für PPAs (Power Purchase Agreements). Dadurch gibt es rechtliche Sicherheit für direkte Stromlieferungen zwischen Erzeugern und Industrie und langfristige Stromlieferverträge werden wirtschaftlich attraktiver.

Das ELWG soll außerdem durch flexible, systemdienliche Stromnutzung Potenziale im Bereich der Netzkostensenkung heben, indem es variable Netzentgelte einführt, systemdienliches Verhalten belohnt und Energiespeicheranlagen bei entsprechender systemdienlicher Betriebsweise von Entgelten befreit. Moderne Mess- und Abrechnungskonzepte sollen die wirtschaftliche

Integration von Erneuerbaren, Hybridanlagen und Speichern sowie die flexible Netzteilnahme unterstützen. Die geplante Einführung der Spitzenkappung kann zudem den Netzausbaubedarf verringern und damit Kosten für das Gesamtsystem einsparen.

Vorgesehen sind auch Peer-to-Peer-Verträge, die den einfachen und individuellen Austausch von Überschussstrom ermöglichen, den Wettbewerb stärken und neue Chancen eröffnen, direkt von der Energiewende zu profitieren. Die Einführung geschlossener Verteilernetze in den Rechtsbestand schafft zusätzlich



ZUR PERSON

Judith Obermayr-Schreiber, Expertin im IV-Bereich Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen und Energie.

Rechtssicherheit und ermöglicht regulatorische Erleichterungen für eine praxistaugliche Umsetzung.

Entscheidend für den Erfolg des neuen Gesetzes ist, ob es gelingt, jene Stellschrauben, die das ELWG grundsätzlich vorsieht, so zu stellen, dass eine spürbare Entlastung bei den Stromkosten für die Unternehmen erzielt wird und das Stromsystem insgesamt kosteneffizienter gestaltet wird.

„Fonds Zukunft Österreich“ setzt 2025 klar auf Schlüsseltechnologien

Heuer liegen die Schwerpunkte des Fonds auf den Themen künstliche Intelligenz, digitales Gesundheitswesen und Life Sciences sowie Deeptech. Eine langfristige Absicherung des Fonds ist allerdings noch ausständig.

Ende Juni ist die Entscheidung über die Mittelvergabe des „Fonds Zukunft Österreich“ für 2025 erfolgt. Grundlage dafür waren eine Empfehlung des Rates für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT) und die forschungspolitische Schwerpunktsetzung der Bundesregierung für 2025.

Mit der diesjährigen Ausschüttung des „Fonds Zukunft Österreich“ können strategische Schlüsseltechnologien und Zukunftsthemen wie künstliche Intelligenz, digitales Gesundheitswesen und Life Sciences oder Deeptech verfolgt werden. Ein Fokus für 2025 liegt auf der Beteiligung an der wichtigen EU-KI-Initiative „AI Factories“ und der Einrichtung der AI Factory Austria (AI:AIT), die den Zugang zu einem KI-optimierten Supercomputer sowie begleitende Services für Industrie, Startups und Wissenschaft umfassen soll.



Life Sciences werden durch eine neue Förderinitiative gestärkt.

Ebenso begrüßenswert ist, dass die Life Sciences durch eine neue Förderinitiative Digi-Health, die Einrichtung einer weiteren klinischen Forschungsgruppe der LBG und durch Christian-Doppler-Labore in den Feldern „Life Sciences & Biotechnologien“ sowie „Advanced

Materials inklusive Nanotechnologie“ gezielt gestärkt werden. Eine weitere wichtige Maßnahme zur Forcierung exzellenter Grundlagenforschung, aber auch zur kommerziellen Verwertung von disruptiven Innovationen ist das Seal-of-Excellence-Programm.

Die Sicherung des Fonds bis 2030 und der Ausbau auf 200 Millionen Euro, wie im Regierungsübereinkommen verankert, müssen allerdings noch vorgenommen werden. Bisher wurde nur eine Übergangslösung für 50 Millionen Euro für 2026 in Aussicht gestellt. Darüber hinaus muss bei den für Herbst anstehenden Verhandlungen zum FTI-Pakt 2027–2029 der langfristig vorgesehene Wachstumspfad klar fortgeführt werden. Wettbewerbsfähigkeit basiert mehr denn je auf konsequenter Forschung, Technologieentwicklung und Innovation als Investitionshebel für die Zukunft – und muss daher auch klarer Schwerpunkt in der Industriestrategie sein.



WEBTIPP

Zur Empfehlung des FORWIT.

IV trauert um langjährigen Wegbegleiter Johannes Kleemann

Die Industriellenvereinigung trauert um Johannes Kleemann, der am 10. Juni verstorben ist.

Über sechs Jahrzehnte lang prägte er die heimische Industrie durch sein Wirken; allem voran durch seine Arbeit im Sozialpolitischen Ausschuss der IV. Mit seinem Tod verliert Österreich einen engagierten Vertreter der Industrie,

eine bedeutende Stimme in der Sozialversicherung und einen Impulsgeber für Bildung und Gesellschaftspolitik.

Johannes Kleemann trat im Jahr 1962 als persönliches Mitglied in die Industriellenvereinigung ein. Seit diesem Zeitpunkt war er mehr als 60 Jahre lang unermüdlich und mit großem Engagement in verschiedensten

Ausschüssen und Gremien der IV aktiv. Sein Wissen, sein Weitblick und seine Integrität machten ihn zu einem geschätzten Mitgestalter zahlreicher wirtschafts-, bildungs- und gesellschaftspolitischer Entwicklungen in Österreich. Besonders prägte Kleemann die Arbeit im Sozialpolitischen Ausschuss der IV, dem er von 1962 bis 2021 ununterbrochen angehörte – eine

außergewöhnliche Kontinuität, die 2012 mit einer Ehrung für 50 Jahre Mitgliedschaft gewürdigt wurde.

Mit seinem Tod verliert Österreich eine herausragende Persönlichkeit des Wirtschafts- und Sozialbereichs. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt seiner Familie, seinen Freunden und Wegbegleitern!

Astronaut For A Day

Im Rahmen eines internationalen Projekts können Schüler aus Österreich an einem Zero Gravitation Flight teilnehmen. Die Teilnehmer werden ähnlich wie echte Astronauten in einem mehrstufigen Verfahren ausgewählt.

Wie ist es, im Weltraum zu sein? Wie fühlt sich Schwerelosigkeit an? Könnte ich selbst Raumfahrer oder Raumfahrer sein? Diese Fragen faszinieren viele Menschen, aber ganz besonders Jugendliche, die sich für das Thema Space begeistern. 13 Schülerinnen und Schülern aus Österreich wird heuer das einzigartige Erlebnis von Schwerelosigkeit bei einem Zero Gravitation Flight ermöglicht.

Die Initiative wird vom Innovationsministerium (BMIMI), der FFG, der Europäischen Weltraumagentur ESA und dem Ars Electronica Center durchgeführt und ist Teil eines internationalen Projekts zwischen Luxemburg, Estland und Österreich. In den jeweiligen Ländern werden dafür Challenges ausgeschrieben, bei denen sich Schülerinnen

und Schüler ab 15 Jahren für den Parabelflug bewerben und dafür in einem mehrstufigen Verfahren – wie „echte“ Astronautinnen und Astronauten – ausgewählt werden. Die 13 Top-Kandidatinnen und -Kandidaten aus Österreich qualifizieren sich für einen Trip in die Schwerelosigkeit im Oktober in Luxemburg – und sie bekommen eine Zusatzmission: Sie werden nach ihrem Flug als „Ambassadors“ in ihrer Bildungseinrichtung für das Thema Space begeistern und damit mithelfen, das Fachkräfteproblem im MINT-Bereich abzumildern.

Auch die IV ist Kooperationspartnerin der Initiative und hat im Rahmen des Kindertags der Industrie ein Vernetzungsevent gehostet. Neben spannenden Vorträgen zu den Themen Space und MINT bot sich besonders interessierten Jugendlichen die Chance,



Am Kindertag der Industrie konnten sich Schüler mit Franz Viehböck, dem bisher einzigen Österreicher, der im Weltall war, austauschen.

persönlich mit Franz Viehböck in Kontakt zu treten – der CEO der Berndorf AG und bislang einzige Österreicher im Weltall inspirierte das junge Publikum

mit persönlichen Eindrücken von seinem Raumflug und gab wertvolle Tipps für den nun startenden Auswahlprozess. Auch die IV drückt die Daumen!

Aktuelles in Kürze

AI Act und Data Act: Was die Industrie jetzt wissen muss

Auf die Industrie kommen zwei neue EU-Rechtsakte zu, die den Umgang mit künstlicher Intelligenz und mit Daten aus IoT-Geräten regeln. Dafür sind umfassende Vorbereitungen notwendig.

Beim ersten Deep Dive der IV-Taskforce Künstliche Intelligenz informierte Norbert Amlacher, Partner bei der andréewitch & partner rechtsanwältin GmbH, unter großer Beteiligung der Industrie über die weitreichenden Auswirkungen des AI Act und des Data Act der EU auf die Industrie. Im Gegensatz zum AI Act, der medial stark präsent ist, läuft der Data Act noch unter dem Radar; er hat aber für die Industrie oft eine deutlich höhere Relevanz und kommt bereits ab 12. September 2025 zur Anwendung.

Der AI Act unterscheidet zwischen verbotenen, hochriskanten (z.B. im HR-Bereich) und weniger riskanten KI-Systemen sowie KI-Modellen. Bei der Umsetzung der Vorgaben ist es wichtig,

strategisch vorzugehen, Prozesse gut aufzusetzen und von Anfang an alle Beteiligten mitzunehmen. Unternehmen müssen evaluieren, welche KI sie nutzen, ob sie als Betreiber oder Anbieter gelten und ob KI lokal oder als SaaS betrieben



Die Nutzung von Technologien wie künstlicher Intelligenz in der Industrie nimmt zu.

wird. Wichtig sind zudem vertragliche Regelungen bei der KI-Beschaffung, die Sicherstellung der Datenqualität sowie der Aufbau von KI-Kompetenz. Interne Richtlinien zum Umgang mit KI, Aufklärung und Kontrollen können dabei unterstützen.

Datensilos aufbrechen

Der Data Act ist hoch relevant für die Industrie und soll Datensilos aufbrechen, den Zugang zu Daten zu erleichtern und die Weitergabe von Daten forcieren. Das birgt Chancen, aber auch Risiken. Der Data Act gilt für personenbezogene und nicht personenbezogene Daten und betrifft sämtliche Industriesektoren. Im Fokus stehen Daten aus IoT-Geräten und verbundenen Diensten. Unternehmen

müssen Produkte so gestalten, dass Nutzern der Datenzugang ermöglicht wird und die Datenweitergabe an Dritte möglich ist. Es ist essenziell, technische und organisatorische Voraussetzungen zu schaffen, den Schutz von Geschäftsgeheimnissen sicherzustellen, bestehende Verträge anzupassen, interne Prozesse zu etablieren und eine angemessene Dokumentation aller Maßnahmen zu garantieren.

Die Industrie ist gefordert, sich intensiv mit den Rechtsakten zu befassen, organisationsweite Richtlinien umzusetzen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an konkreten Anwendungen zu schulen und rasch strategische Schritte zu setzen, um sich Wettbewerbsvorteile zu sichern.

„Digitale Dekade 2030“: EU hinter Zielsetzungen

Österreich konnte bei künstlicher Intelligenz Fortschritte erzielen, es gibt aber auch Bereiche, in denen Nachholbedarf besteht. Die EU-Kommission hat dazu konkrete Empfehlungen.

Mitte Juni veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Statusbericht 2025 zur Digitalen Dekade. Dieser Halbzeitbericht zeigt, dass in den vier Schlüsselbereichen des Politikprogramms 2030 zur Digitalen Dekade (digitale Kompetenzen, Infrastruktur, Unternehmen, öffentliche Dienste) die Anstrengungen der Mitgliedstaaten im derzeitigen Szenario hinter den Zielvorgaben der EU zurückbleiben und weiter große Herausforderungen zu bewältigen sind.

Für Österreich zeigt sich ein gemischtes Bild: Einerseits konnte das Land in

Teilbereichen messbare Fortschritte erzielen und liegt bei 75 Prozent der Zielpfade bis 2030 auf Kurs, andererseits besteht in zentralen Bereichen noch Aufholbedarf. Positiv hervorzuheben ist die Vorreiterrolle bei der 5G-Abdeckung (99,5 Prozent) sowie die Verdopplung der KI-Nutzung durch Unternehmen auf 20,3 Prozent. Österreichische Unternehmen liegen damit deutlich über dem EU-Schnitt von 13,5 Prozent. Auch im Bereich Digital Skills sowie bei strategischen Technologien (wie Halbleiter- oder Quantentechnologie) nimmt Österreich eine führende Rolle ein. Nachholbedarf besteht beim

Glasfaserausbau und der Cloud-Nutzung sowie im Startup-Ökosystem, insbesondere aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Risikokapital. Im Bereich Public Services ist Österreich knapp unter dem EU-Schnitt, konnte mit der Einführung der eID aber bereits eine zentrale Vorgabe erfüllen.

Die Empfehlungen der Kommission an Österreich umfassen u.a., die Cloudnutzung zu stärken, die Zahl der MINT-Spezialisten zu erhöhen und den Zugang zu Risikokapital zu verbessern – was langjährigen IV-Forderungen entspricht. Zudem mahnt die Kommission zu mehr

Positiv hervorzuheben ist Österreichs Vorreiterrolle bei der 5G-Abdeckung sowie die Verdopplung der KI-Nutzung durch Unternehmen.

Tempo und entschlossenem Handeln: Angesichts geopolitischer Spannungen und rasanter Technologieentwicklungen ist die digitale Transformation dringlicher denn je für technologische Souveränität, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Nachhaltigkeit und Resilienz.

Klimapolitik mit neuen Zielen, aber ohne Weg

Unbeirrt von der aktuellen konjunkturellen und geopolitischen Lage setzt die Europäische Kommission auf eine deutliche Verschärfung der klimapolitischen Gangart. Österreich bleibt seiner Musterschülerrolle treu. Aber: zu welchem Preis?

Den Industriestandort Europa und insbesondere den Standort Österreich plagen gravierende strukturelle Probleme: hohe Lohnkosten, hohe Energie- und Klimakosten, die aktuelle geopolitische Lage verbunden mit den handelspolitischen Verwerfungen und zudem eine Fülle an bürokratischen Belastungen, zu einem guten Teil verursacht durch die Umsetzung der Green-Deal-Agenda der letzten Kommissionsperiode. „Die Verschärfung der Klimaziele der EU kommt vor diesem Hintergrund zu einer Unzeit und nimmt zudem Handlungsspielraum in der für die energieintensive Indus-

„Die Verschärfung der Klimaziele der EU kommt vor diesem Hintergrund zu einer Unzeit und nimmt zudem Handlungsspielraum in der für die energieintensive Industrie wichtigen Revision des Emissionshandels, worüber derzeit noch kaum gesprochen wird.“

Georg Knill,
IV-Präsident

trie wichtigen Revision des Emissionshandels, worüber derzeit noch kaum gesprochen wird“, sagt Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission enthält die zentrale Zielsetzung, die Treibhausgasemissionen bis 2040 um 90 Prozent gegenüber 1990 senken zu wollen. Damit schlägt die Kommission eine deutliche Verschärfung gegenüber einem linearen Zielpfad vor, gemäß dem die Emissionen bis 2040 um 78,5 Prozent reduziert werden müssten, um bis 2050 klimaneutral sein zu können.

Internationale Klimazertifikate – aber zu spät

Gemeinsam mit der Präsentation des 2040-Ziels wurden auch flankierende Maßnahmen vorgestellt, die laut Kommission die Umsetzungschance erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie

erhalten sollen. Erstmals sollen bis zu drei Prozent der Nettoemissionen von 1990 durch internationale Klimaprojekte gemäß Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens angerechnet werden können. „Diese Einbindung internationaler Klimazertifikate ist grundsätzlich sehr positiv, soll allerdings erst ab 2036 gelten. Diese Möglichkeit kommt damit viel zu spät, um die Industrie in den kritischen Jahren zu entlasten, bis Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen und ein Leitungsnetz für die Entsorgung von CO₂ (CCS) verfügbar ist“, sagt Peter Koren, Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung.

Zwar soll es für die energieintensive Industrie im Rahmen des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) nun eine Unterstützung für den Export von Produkten in Drittstaaten geben – das hatte die Industriellenvereinigung lange gefordert. Angekündigt ist das aber bereits länger, allein auf die konkrete Umsetzung warten die betroffenen Industriesektoren bis heute.

Seit Monaten trommelt die EU-Kommission, im Rahmen eines Clean Industrial Deal die Wettbewerbsfähigkeit an oberste Stelle zu setzen. Die Realität sieht laut IV-Präsident Knill nun aber anders aus: „Die präsentierten Maßnahmen sind bis dato kaum mehr als gut klingende Lippenbekenntnisse. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die Kosteneffizienz von Maßnahmen werden mit dem Fortschreiben des internationalen klimapolitischen Vorreitertums zu Nebenschauplätzen degradiert.“

Pragmatische EU-Energiepolitik zentral für den Standort

Ein wesentlicher Hemmschuh für die Industrie sind nach wie vor die hohen Energiekosten. Noch immer zahlen europäische Betriebe ein Vielfaches dessen, was globale Konkurrenten in den USA oder in China für Strom und Gas bezahlen. Nach hinten losgehen könnte aus Sicht der Industrie hier auch der geopolitisch gut gemeinte Komplettausstieg der EU aus russischem Gas. Europa setzt sich damit verstärkt dem äußerst volatilen LNG-Weltmarkt aus und für die CEE-Region wird es zunehmend schwieriger, ausreichend liquide Gasmärkte zu erhalten und damit wettbewerbsfähige Gaspreise sicherzustellen. Der derzeit diskutierte Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission bewirkt vielmehr eine bewusste, dauerhafte Verknappung des

Angebots am europäischen Gasmarkt, welche nachteilige Auswirkungen auf Gaspreise und Versorgungssicherheit, insbesondere in Binnenländern, haben wird. Es bedarf daher nachvollziehbarer Maßnahmen, die dieses Szenario verhindern.

„Die Einbindung internationaler Klimazertifikate ist grundsätzlich sehr positiv, soll allerdings erst ab 2036 gelten. Diese Möglichkeit kommt viel zu spät, um die Industrie in den kritischen Jahren zu entlasten, bis Wasserstoff verfügbar ist.“

Peter Koren,
Vize-Generalsekretär der
Industriellenvereinigung

Europa ist kein Vorbild

Die Dekarbonisierung Europas wurde einst als Wachstumsagenda dargestellt, der andere Weltregionen folgen würden. Heute ist Europa zwar die einzige größere Region, die Emissionen substanziell reduzieren konnte, die strukturellen und teils hausgemachten Probleme der Industrie sind allerdings ebenso omnipräsent. Dem globalen Klima ist mit dem europäischen Weg nicht geholfen, die Emissionsreduktionen der EU sind längst durch den Emissionsanstieg in Asien und anderen Regionen der Welt überkompensiert worden. Drittstaaten folgen dem europäischen Weg nicht – und damit bleibt die EU ihren zentralen Anspruch, jenen der Vorbildwirkung für andere Regionen der Welt, schuldig. Letztlich ist der Klimawandel jedoch nur dann effektiv bewältigbar, wenn die Lösungsansätze dafür international gedacht werden.

Klimaneutralität 2040 um jeden Preis?

Und in Österreich? Zu Hause möchte man noch ambitionierter agieren und bereits 2040 Klimaneutralität erreichen – zehn Jahre vor der Union. „Ein klassischer Fall von politisch motiviertem Goldplating: Österreich verschärft seine nationalen Zielsetzungen über die ohnehin bereits

äußerst ambitionierten EU-Vorgaben hinaus, und das freiwillig und ohne eine realistische Strategie zur Umsetzung. Von der letzten Regierung in besseren Zeiten vor den Krisen ersonnen, hält die aktuelle Regierung wider besseres Wissen an diesem Ziel fest“, sagt IV-Vize-Generalsekretär Koren.

Zu diesem Wissen gehöre auch, dass der österreichische Alleingang innerhalb des europäischen Staatenverbunds keinerlei Mehrwert für den Klimaschutz bringt. Wenn überhaupt, werde er dazu führen, dass sich andere Mitgliedsstaaten entsprechend weniger anstrengen müssen, um das gemeinsame EU-Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen.

Das überambitionierte Ziel Österreichs bringt nicht nur enorme Belastungen für die Betriebe und die Volkswirtschaft mit sich, es wird auch nur schwer zu erreichen sein. Schon beim derzeit geltenden Ziel, die Emissionen bis 2030 um 48 Prozent zu reduzieren, liegt Österreich deutlich zurück. Der Nationale Energie- und Klimaplan (NEKP), das zentrale klimapolitische Planungsinstrument, ist in entscheidenden Bereichen vage, unkonkret oder politisch unverbindlich; gerade wenn es um die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen geht, deren Definition selbst umstritten ist.

„Dass Österreich ohne massive Korrekturen ein Ziel von minus 100 Prozent bis 2040 erreicht, ist daher kaum glaubhaft – die Milliarden für verfehlte Ziele sind aber real“, so Koren abschließend.

„Ein klassischer Fall von politisch motiviertem Goldplating: Österreich verschärft seine nationalen Zielsetzungen über die ohnehin bereits äußerst ambitionierten EU-Vorgaben hinaus, und das freiwillig und ohne eine realistische Strategie zur Umsetzung.“

Peter Koren,
Vize-Generalsekretär der
Industriellenvereinigung

BIS WANN EU-LÄNDER KLIMANEUTRAL SEIN WOLLEN

Klimaschutz made in Austria

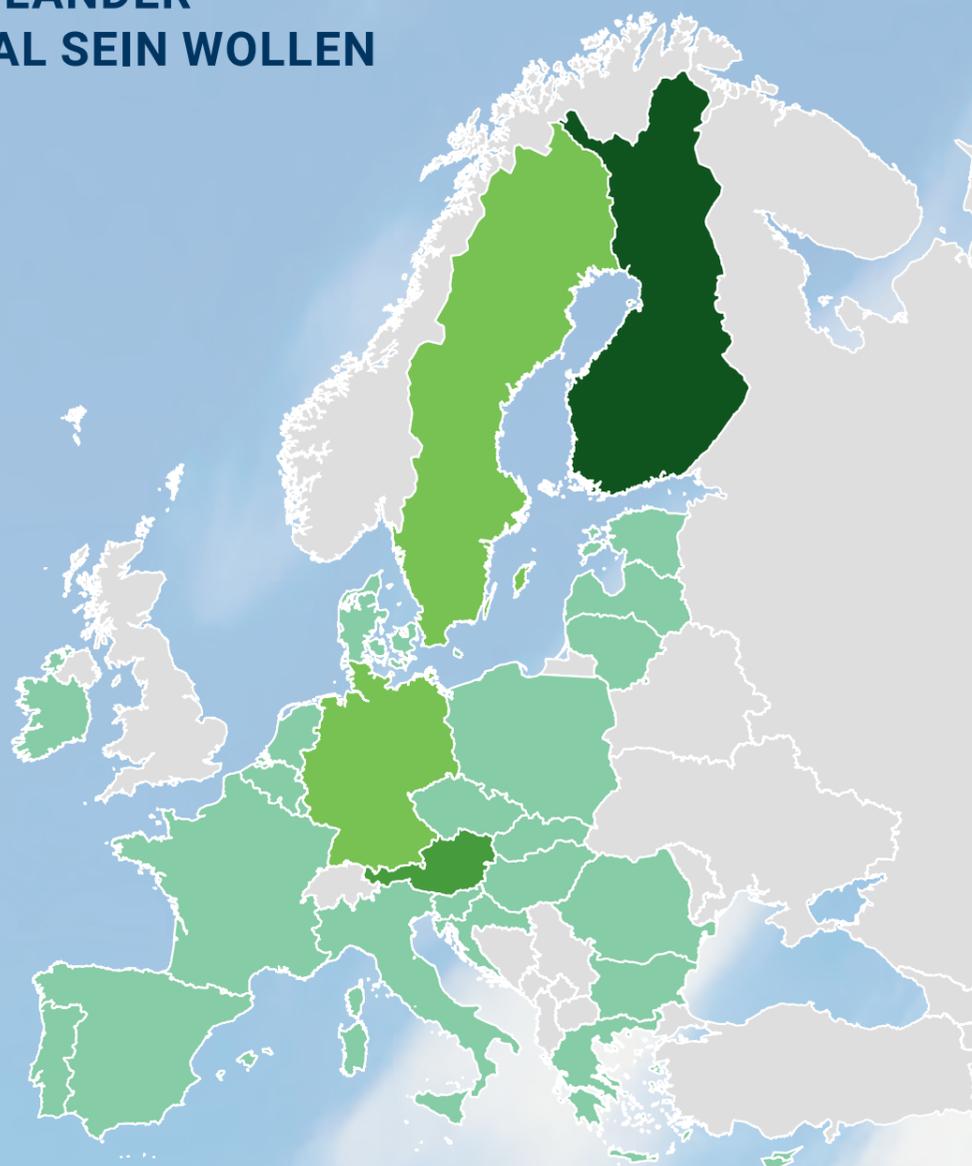
Wie die Industrie in Österreich Klimaschutz vorantreibt.

25%

TREIBHAUSGAS-EINSPARUNG

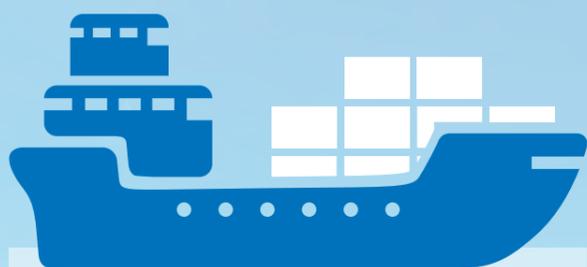
IM ZEITRAUM 2005–2023

Österreichs Unternehmen gehören international zu den Vorreitern in Sachen Klimaschutz. Mit nachhaltigen Produktionstechnologien, der weltweit CO₂-effizientesten Zementherstellung und einem konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien leisten sie einen entscheidenden Beitrag zur Dekarbonisierung – und zeigen, wie Innovation und Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen.



■ 2035 ■ 2045
■ 2040 ■ 2050

Quelle: Net Zero Tracker



80%

EXPORTQUOTE BEI UMWELTECHNOLOGIEN

Österreich exportiert Umweltschutz: Der Auslandsanteil des Umsatzes der Unternehmen in der Umwelttechnik-Industrie ist mit 80 Prozent besonders hoch. Exportstark sind vor allem die Bereiche Abfalltechnologien, Recycling und Kreislaufwirtschaft, Luftreinhaltung und Emissionsschutz, Erneuerbare-Energie-Technologien, Wasser- und Abwassertechnologien sowie Energieeffizienztechnologien.



2/3

DER AUSGABEN FÜR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Innovation kommt aus der Industrie: Unternehmen tragen den größten Anteil an den Investitionen in Forschung und Entwicklung in Österreich. Damit ist die Industrie Motor für Fortschritt, neue Technologien und nachhaltige Lösungen.



JÄHRLICHES WACHSTUM IN DER UMWELTECHNIK-INDUSTRIE

Wirtschaftsfaktor Umwelttechnik: Seit 2019 sind die Umwelttechnologie-Umsätze inklusive der Energieversorger um rund 44 Prozent gestiegen, was einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 9,5 Prozent entspricht. Unternehmen in der Umwelttechnik-Industrie geben unmittelbar rund 42.500 Menschen einen Arbeitsplatz.

Universitäten zukunftsfit machen: Employability stärken, Praxis fördern

Auf einem IV-Event wurde über notwendige Reformen im Hochschulbereich diskutiert. Dabei ging es vor allem um frühzeitige Berufs- und Studienorientierung, praxisnahe Studien und den Ausbau von Mentoringprogrammen.

Wie gut bereitet ein abgeschlossenes Universitätsstudium auf den Arbeitsmarkt vor? Diese Frage stand im Zentrum der IV-Veranstaltung „Universitätsstudium erfolgreich absolviert – bereit für den Arbeitsmarkt?“ am 3. Juli im Haus der Industrie. Im Rahmen des Bildungsprogramms „Beste Bildung“ diskutierten Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und dem Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung über notwendige Reformen im Hochschulbereich.

Gudrun Feucht, Leiterin des IV-Bereichs Bildung und Gesellschaft, betonte: „Universitäten müssen nicht nur akademisches Denken fördern, sondern auch gezielt auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts vorbereiten.“ Studien wie

die Studierenden-Sozialerhebung 2023 zeigen Handlungsbedarf: Nur 47% der Studierenden fühlen sich gut über ihre Berufschancen informiert, fast die Hälfte der Master-Graduierten sieht sich überqualifiziert.

Zentrale Steuerung nötig

Die IV setzt sich daher für eine stärkere bildungspolitische Steuerung zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit ein. Zentrale Hebel sind praxisnahe Studienformate, verpflichtende Praktika, der Ausbau von Career Services sowie die Vermittlung von Future Skills wie Problemlösung, digitaler Kompetenz und unternehmerischem Denken.

Christina Glocknitzer, IV-Vizepräsidentin Burgenland, unterstrich den akuten Fachkräftemangel: „Allein demo-



V.l.n.r.: Michael Kötritsch (Die Presse), Christina Glocknitzer (Junge Industrie NÖ/Bgld.), Brigitte Ecker (WPZ Research), Ursula Bazant (ÖBB), Sabine Putz (AMS), Gudrun Feucht (IV), Maria Keplinger (BMFWF), Robert Jühlke (IHS), Stefan Koch (Universität Linz).

grafisch bedingt fehlen in den nächsten zehn Jahren rund 540.000 Arbeitskräfte, besonders im MINT-Bereich.“ Frühzeitige Berufs- und Studienorientierung sowie Mentoringprogramme seien gezielt

auf passende Karrierewege vorzubereiten.

Die Veranstaltung machte deutlich: Ein zukunftsfittes Universitätssystem braucht mehr Nähe zur Praxis – und den Schlußschluss mit der Wirtschaft.

Aktuelles in Kürze

Tag der Wissenschaftsolympiaden 2025: Bühne für Spitzenleistungen

Am Tag der Wissenschaftsolympiaden werden die außergewöhnlichen Leistungen jener Schülerinnen und Schüler vor den Vorhang geholt, die Österreich bei den internationalen Wettbewerben vertreten.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der österreichischen Delegation bei den internationalen Wissenschaftsolympiaden

Am 20. Juni fand bereits zum fünften Mal der Tag der Wissenschaftsolympiaden in Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung, der Universität Wien („Mathematik macht Freude“) und der Industriellenvereinigung statt. An diesem Tag werden die außergewöhnlichen Leistungen jener Schülerinnen und Schüler vor den Vorhang geholt, die Österreich weltweit bei den internationalen Wissenschaftsolympiaden in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie, Informatik, Experimental Science und Philosophie vertreten.

Die IV setzt sich bereits seit vielen Jahren für Exzellenzförderung und leistungsorientierte Bildung ein – insbesondere im MINT-Bereich. Exzellenz bildet einen entscheidenden Hebel für die Zukunftsfähigkeit Österreichs, denn Spitzenleistungen in Bildung und Forschung

sind die Grundlage für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

Gudrun Feucht, Leiterin des IV-Bereichs Bildung und Gesellschaft, betonte bei der Festveranstaltung, dass die Leistungen junger Menschen bei den Wissenschaftsolympiaden eindrucksvoll zeigen, wie wichtig Mut, Kreativität und fundiertes Wissen sind, um innovative Lösungen für die Herausforderungen von morgen zu entwickeln. Sie unterstrich, dass es entscheidend sei, diese Talente zu fördern und ihnen die nötige Unterstützung zu bieten, damit sie ihr volles Potenzial entfalten können.

Österreichs Talente im internationalen Fokus

Die Wissenschaftsolympiaden, an denen Jugendliche aus zahlreichen Nationen weltweit teilnehmen, blicken auf eine langjährige Tradition zurück und stellen höchste Anforderungen an fachliches Wissen, Problemlösungskompetenz und analytisches Denken. Österreichische Schülerinnen und Schüler erzielen dabei seit vielen Jahren beachtliche Erfolge, die jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung oft zu wenig Beachtung finden.

Die Industriellenvereinigung gratuliert allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern herzlich zu ihren Erfolgen!

Leadership macht Schule: IV setzt Fokus auf gute Schulleitung

„Leadership macht Schule“ – wie können Schulleiter als Führungskräfte gestärkt werden, als Hebel für Qualität, Innovation und Verlässlichkeit im Bildungssystem?

Mit der Veranstaltung „Leadership macht Schule“ am 18. Juni rückte die Industriellenvereinigung die Bedeutung von Schulleitungen als Führungskräften ins Zentrum der bildungspolitischen Debatte. Rund 100 Teilnehmende aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Schule diskutierten über Wege, wie Leadership an Schulen gezielt gestärkt werden kann – als Hebel für Qualität, Innovation und Verlässlichkeit im Bildungssystem.



V.l.n.r.: Nikolaus Griller, Gudrun Feucht, Christoph Neumayer, Therese Niss, Thomas Angerer, Michael Schratz, Martin Netzer, Michel Fleck, Lisa Nimmervoll, Erika Tiefenbacher.

Impulse aus der Praxis gaben Erika Tiefenbacher (MS Währing), Michel Fleck (AHS Anton-Krieger-Gasse) und Thomas Angerer (HTL Wien West). In ihren Kurzvorträgen zeigten sie auf, was gelebte Führung am Schulstandort ausmacht und welche Herausforderungen bestehen. In der anschließenden Podiumsdiskussion mit Generalsekretär Martin Netzer

(BMB), der Unternehmerin und Nationalratsabgeordneten a. D. Therese Niss (MIBA/MINTality Stiftung), Nikolaus Griller (GG Group / LehrWert) und Michael Schratz (Leadership-Forschung) wurden zentrale Fragen diskutiert: Welche Rolle spielt Leadership für die Schulentwicklung? Welche Qualifikationen brauchen Schulleitungen heute? Und was sind notwendige nächste Schritte?

Eigenverantwortung und Entscheidungsspielraum

Mit rund 6.000 Schulleiterinnen und Schulleitern ist die Gruppe der schulischen Führungskräfte vergleichsweise klein – ihre Hebelwirkung für das Bildungssystem ist dafür umso größer. Die IV setzt sich dafür ein, den Austausch zwischen Wirtschaft und Schule zu verstärken, denn viele der Leadership-Kompetenzen, die in Unternehmen längst selbstverständlich sind, können auch im Schulkontext wirksam werden: Es geht um strategisches Denken, Teamführung und Veränderungsbereitschaft. Die IV fordert deshalb nicht nur professionelle Unterstützung, gezielte Weiterbildung und Mentoring, sondern auch mehr Eigenverantwortung und Entscheidungsspielraum an den Schulstandorten.

Einige dieser Anliegen finden sich bereits im Regierungsprogramm 2025–2029 – nun gilt es, diese ambitionierten Vorhaben zügig und wirksam umzusetzen.

Start für „Erfolgsgeflüster – der Speed Mentoring Podcast“

Junge Industrie lädt hochkarätige Gäste zum Gespräch.



Die Moderatorinnen Sabine Sattler (links) und Julia Aichhorn (Mitte) mit IV-Präsident Georg Knill bei der Aufnahme.

Im Zentrum steht das Konzept des Speed-Mentorings: In jeweils rund 40 Minuten geben Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Medien, Sport, Kunst und Kultur Einblicke in ihre Erfahrungen, Perspektiven und persönlichen Strategien. Moderiert wird der Podcast von der JI-Bundsvorsitzenden Julia Aichhorn und Co-Host Sabine Sattler. Beide führen durch intensive, kompakte Gespräche, die zum Nachdenken anregen und Impulse für den eigenen Weg liefern.

Unter anderem spricht Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung und Unternehmer in zwölfter Generation, über die Faszination des Unternehmertums, strategisches Denken und die Bedeutung von Zeitfenstern zum Reflektieren; Sabine Herlitschka, IV-Vizepräsidentin und Vorstandsvorsitzende von Infineon Austria, erzählt von Führung als Dienstleistung, darüber, wie man mit einem „gebildeten Bauchgefühl“ Entscheidungen trifft, und warum es entscheidend ist, zwischen Wichtigem und

Dringendem unterscheiden zu können. Außerdem geht es um ihren Weg von der Forschung ins operative Management – und wie Musik dabei eine Rolle spielt.

In weiteren Episoden kommen unter anderem Karl-Heinz Strauss von PORR, Annette Mann, CEO von Austrian Airlines, Paradesanierer Erhard Grossnigg, Monika Rosen, ehemalige Chefanalystin der Bank Austria/UniCredit Group, der österreichische Astronaut Franz Viehböck, der international renommierte Künstler Erwin Wurm sowie die Medienmanagerin Uschi Pöttler-Fellner zu Wort. Die Themen reichen von Entscheidungskultur und Risikobereitschaft über Führung als Dienstleistung bis hin zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Mit „Erfolgsgeflüster“ entsteht eine Plattform, die Erfahrungswissen auf den Punkt bringt – kompakt, persönlich und praxisnah. Neue Folgen erscheinen laufend – der Podcast ist auf allen gängigen Plattformen verfügbar.

JI-Sommerwochenende in Bad Ischl

Sommer, Sonne, Salzkammergut.

Ende Juni fand das diesjährige JI-Sommerwochenende in Bad Ischl statt – mit einem abwechslungsreichen Programm zwischen Technologie, Natur und persönlichem Austausch.

Den Auftakt bildete die Bundesvorstandssitzung, bei der sich der Bundesvorstand zu intensiven Gesprächen und strategischer Planung zusammenfand. Offiziell gestartet wurde das Wochenende mit einer spannenden Betriebsbesichtigung bei Resonac, einem international tätigen Technologiekonzern, der auf die Herstellung von Graphitelektroden spezialisiert ist. Diese kommen weltweit in der Stahlproduktion mittels Elektrolichtbogenofen zum Einsatz. Einige der Teilnehmenden hatten das Unternehmen bereits am Hauptstandort in Japan kennengelernt – der Besuch in Österreich bot nun die Gelegenheit, auch Einblicke in die lokale Produktionsstätte zu bekommen.

Wie in jedem Jahr war auch heuer die traditionelle Wanderung ein fixer Bestandteil des Programms. Die Mitglieder konnten dabei zwischen unterschiedlichen Routen wählen – von der gemütlichen Familienwanderung bis hin zur sportlicheren Gipfeltour durch die beeindruckende Bergwelt des Salzkammerguts. Das vielfältige Gelände und die herrliche Aussicht sorgten für beste Stimmung – auch abseits der Wanderwege. So blieb genügend Zeit für Austausch und entspanntes Netzwerken in gemütlicher



Die JI-Mitglieder bei der traditionellen Wanderung.



Spannende Einblicke ins Graphitelektrodenwerk von Resonac in Bad Goisern.

Atmosphäre. Das JI-Sommerwochenende 2025 bot damit erneut eine gelungene Kombination aus fachlicher Weiterentwicklung, persönlicher Vernetzung und gemeinsamer Freizeitgestaltung.



Mehr Mut – weniger Bürokratie

Visionen für den europäischen Kontinent.

Europa steht am Scheideweg. Die Welt ordnet sich neu, Machtverhältnisse verschieben sich – und wir? Wir verharren im Klein-Klein nationaler Eitelkeiten, bürokratischer Sackgassen und politischer Blockaden. Dabei hätten wir alles, was es braucht, um wieder zu gestalten, statt zu reagieren. Was uns fehlt, ist Mut.

Aktuell wirkt die EU oft wie ein Bittsteller auf der Weltbühne. Das ist gefährlich – und unnötig. Denn wir sind mehr als die Summe unserer Einzelstaaten. Die EU ist einer der stärksten Wirtschaftsböcke der Welt, ein Raum der Freiheit, Demokratie und Toleranz. Warum machen wir uns unsere eigene Stärke so selten bewusst?

Wir sollten uns nicht länger auf wankelmütige Partner verlassen, wenn es um unsere Sicherheit geht. Verteidigen wir doch unsere Werte, die wir in unserer Historie so hart erworben haben! Das bedeutet auch: Europa muss bereit sein, sich selbst zu schützen – militärisch, wirtschaftlich, digital.

Um als EU handlungsfähig zu sein, brauchen wir Reformen – und zwar endlich pragmatisch gedachte Reformen. Das beginnt bei der Bürokratie, die Innovation bremst und Vertrauen zerstört, und reicht bis zu politischen Entscheidungsprozessen. Es kann nicht sein, dass ein einzelnes Mitgliedsland die gesamte Union in Geiselschaft nimmt. Wer Europa will, muss es ernst meinen. Wir brauchen endlich einen europäischen Reisepass als Symbol unserer Einheit und als Zeichen unseres Zusammenhalts nach außen.

Das ist keine Fata Morgana, die der Sommerhitze entsprungen ist. Das ist die Vision für unsere Zukunft. Wie viele Chancen wir noch haben, weiß niemand. Vertun wir sie nicht!

Julia Aichhorn,
Bundsvorsitzende der Jungen Industrie

Zeit ist ein kritischer Faktor

Auszug aus dem Statement von IV-Steiermark-Präsident Kurt Maier anlässlich der Ordentlichen Vollversammlung.

Seit genau einem Jahr darf ich die Industriellenvereinigung Steiermark mit meinen Kollegen im Präsidium führen – und allein in diesem Jahr hat sich viel verändert.

- Wir haben eine neue EU-Kommission – zwar mit der gleichen Kommissionspräsidentin, aber mit einem neu akzentuierten Kurs.
- Wir haben – auch wenn es etwas gedauert hat – eine neue Bundesregierung, erstmals aus drei Parteien und mit vielen neuen Köpfen in der Regierung.
- Und wir haben eine neue Landesregierung in der Steiermark.

Nicht verändert haben sich leider die Herausforderungen, die uns als Industrie beschäftigen. Schauen wir zunächst auf die europäische Ebene: Haben wir die letzten Jahre unter dem Titel „Green Deal“ nur von einer Belastung nach der anderen für unsere Betriebe gehört, ist jetzt immerhin die Rede vom „Clean Industrial Deal“. Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sind – auch aufgrund notwendigen Drucks von uns als Industrie – wieder europapolitische Kategorien geworden. Und das ist gut so!

Die Omnibus-Initiative ist ein erstes positives Signal. Die Kommission hat verstanden, dass zunehmende bürokratische Berichtspflichten und Vorschriften für unsere Betriebe das Problem und nicht die Lösung sind. Die Ansätze des Omnibus-Pakets müssen allerdings noch tiefer greifen. Wir werden uns dafür weiterhin – mit den Verbesserungsvorschlägen aus der Praxis, die Sie uns zukommen haben lassen – intensiv einbringen. Beispielsweise beim Lieferkettengesetz, bei der Entwaldungsverordnung, bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Taxonomie muss die EU-Kommission ihren Kurs anpassen und weitere wichtige Schritte im Sinne der ökonomischen Vernunft setzen. Sonst sind Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeits-

plätze bei uns die großen Verlierer. Zur ökonomischen Vernunft gehört auch, dass wir uns als Europa stärker denn je für Freihandel einsetzen. Und Österreich muss dazu seine Haltung ändern: Wir nützen offene Märkte, verweigern Freihandelsabkommen aber unsere Zustimmung.

Lassen Sie mich noch auf ein Thema auf europäischer Ebene eingehen, das für Europa, Österreich und insbesondere für uns in der Steiermark als Forschungsland oberste Priorität hat: Derzeit finden in Brüssel gerade die Verhandlungen über ein zehntes Forschungsrahmenprogramm statt – wir brauchen ein ambitioniertes Programm, in dem wieder eine Säule für die kollaborative Forschung und Entwicklung in Schlüsseltechnologien enthalten ist. Dafür setzen wir uns als IV intensiv ein und es braucht viel Überzeugungsarbeit bei der Kommission. Apropos EU-Kommission: In ihrer BIP-Frühjahrsprognose sind wir Schlusslicht und das einzige Land innerhalb der EU, das im heurigen Jahr mit einem Negativwachstum rechnen muss. Hinzu kommt, dass die Kommission gegenüber Österreich ein Defizitverfahren einleiten wird.

Drei Maßnahmen für Österreich

Was bedeutet beides? Erstens: Wir verlieren aufgrund des BIP-Rückgangs an Wohlstand. Zweitens: Wir sind zu hoch verschuldet und leben über unsere Verhältnisse. Aber wo bleibt der Aufschrei? Wir haben es in den letzten Jahren beim Geldausgeben übertrieben, so ehrlich müssen wir sein. Manche Ausgaben sind Pandemie- und energiekrisebedingt gerechtfertigt gewesen, aber insgesamt wurde der Bogen weit überspannt. Was die Situation des Staatshaushalts betrifft, ist das nicht die Verantwortung der aktuellen Bundesregierung – ihre Verantwortung ist es aber, diese Situation in den Griff zu bekommen. Eines möchte ich vorausschicken: Von leeren Staatskassen oder Kaputtsparen kann nicht die Rede sein; das ist schlichtweg falsch. Die Steuern und Sozialbeiträge sind

von 2023 auf 2024 um 5,2 Prozent gestiegen. Dass so mancher trotzdem noch immer neue Steuern und Abgaben fordert, ist kaum zu glauben.

Im Gegenteil, wir müssen dreierlei tun:

- Wir müssen unsere staatlichen Strukturen ins 21. Jahrhundert führen und Effizienzpotenziale heben.
- Wir müssen Dinge priorisieren und Dinge weglassen.
- Wir müssen mit Mut scheinbar unpopuläre Themen angehen.

Das beschlossene Budget kann nur ein allererster Schritt sein, der wichtig ist, dem aber noch einige größere folgen müssen, die über Ankündigungen und das Erarbeiten von Papieren hinausgehen. Die geplante Industriestrategie muss bereits im Frühjahr und nicht wie ursprünglich geplant bis Jahresende fertig werden und vor allem einen klaren Umsetzungsplan enthalten. Denn in Wirklichkeit wissen wir ja alle, was zu tun ist, und nach über 100 Tagen im Amt erwarten wir uns von der Bundesregierung konkrete und substanzielle Maßnahmen! Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir alle bereit sein, Dinge neu zu denken, Tabuthemen anzugehen und gravierende strukturelle Reformen umzusetzen? Das gilt auch für die KV-Verhandlungen.

Neu denken bei KV-Verhandlungen

Die Zeit der Lohnerhöhungen über der Inflation ohne Wenn und Aber muss Geschichte sein – sonst sind wir als Standort geschichte. Gehen wir im Interesse des Standorts im Herbst neue Wege bei den KV-Verhandlungen! Ja zur Differenzierung – nein zum Lohnwachstum ohne Ende; damit wir uns nicht länger aus dem Markt preisen; damit unsere Betriebe wettbewerbsfähig sein können und wir Arbeitsplätze im Land halten können. Dafür braucht es auch leistbare Energie, vor allem hier bei uns in der Steiermark mit unserer energieintensiven Industrie. Die vergleichsweise höheren Preise, das doppelte Bezahlen der

CO₂-Kosten und der starke Wettbewerbsnachteil gegenüber 17 EU-Mitgliedstaaten, die eine Stromkostenkompensation beschlossen haben, ist untragbar.

150 Millionen Euro dank steirischem Kraftakt

Wir haben es aber in einem gemeinsamen Kraftakt in den letzten Wochen geschafft, dass die Bundesregierung ein Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz mit 150 Mio. Euro für zwei Jahre auf den Weg bringen wird. Diese notwendige Entlastung – sie ist weder eine Förderung noch ein Bonus – für die Industrie gibt es aufgrund des Einsatzes von uns als IV. Vielen Dank an alle – insbesondere in der Steiermark –, die daran mitgewirkt haben! Jetzt gilt es, für eine vernünftige gesetzliche Umsetzung zu sorgen.

Industrie-Commitment top-down nötig

Was die Landesregierung betrifft, sehen wir positive Ansätze, die rasch und konsequent umgesetzt werden müssen. Wir haben es geschafft, im Regierungsprogramm viele für den Industriestandort wichtige Anliegen zu verankern und weit oben auf die Agenda zu bringen.

Drei wesentliche Bereiche möchte ich erwähnen:

- die Einrichtung einer Standortpartnerschaft und Erarbeitung einer Standortagenda mit einer Umsetzungs-Timeline;
- die Zusammenführung der Bereiche Arbeit und Wirtschaft in einem Ressort, um das Thema Fachkräfte umfassend anzugehen, und eine Reform der Arbeitsmarktpolitik mit dem Fokus auf den ersten Arbeitsmarkt;
- eine Deregulierungsoffensive, schnellere Genehmigungsverfahren und das Heben von Effizienzpotenzialen in der Landesverwaltung.

Der Auftakt in diesen drei Bereichen ist erfolgt und wir werden die weitere Umsetzung kritisch-konstruktiv und intensiv begleiten. Die Notwendigkeit zeigt unsere Investitionsstudie, die wir im März präsentiert haben, die einen Rückgang von zehn Prozent an Industrieinvestitionen im vergangenen Jahr ausweist. Daher: Es braucht mehr Commitment und Tempo, auch vom Landeshauptmann. Überhaupt, sehr geehrte Mitglieder, braucht es auf allen Ebenen mehr „Sense of urgency“: Zeit ist ein kritischer Faktor und das muss der Politik mehr bewusst werden. Wir haben es geschafft, dass das Thema Wettbewerbsfähigkeit auf allen Ebenen wieder ganz oben auf den Agenden steht. Diese positive Entwicklung muss sich aber in raschen und konkreten Handlungen niederschlagen. Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen wird. Schauen wir nur, was wir tagtäglich bei uns in den Betrieben schaffen – im Bereich der Innovation, der Energieversorgung, der Digitalisierung! Das möchten wir im Übrigen mit unserer Initiative „Unsere Industrie denkt neu“ öffentlichkeitswirksam aufzeigen. Ich hoffe, Ihnen sind unsere Plakate im Frühjahr im ganzen Land aufgefallen.

Danke für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung!



Staatssekretärin Eibinger-Miedl, Landesrat Ehrenhöfer und IV-Präsident Knill konnten vom Präsidium und dem Geschäftsführer der IV-Steiermark für eine Einschätzung zur Industriestrategie und zur Standortpartnerschaft begrüßt werden.



Ein großes Danke an Max Oberhumer und Christian Purrer für ihre langjährige Vorstandstätigkeit.



Präsident Kurt Maier forderte mehr „Sense of urgency“ auf allen politischen Ebenen sowie mehr Tempo ein.



Zahlreiche Mitglieder der Jungen Industrie waren bei der Ordentlichen Vollversammlung mit dabei.

Kick-off der Standortpartnerschaft für die Steiermark

Mit der neuen Standortpartnerschaft sollen der Wirtschaftsstandort ganzheitlich weiterentwickelt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Steiermark verbessert werden.

Am 26. Juni erfolgte der Start der neuen steirischen Standortpartnerschaft – damit wurde eine Forderung der IV-Steiermark im Zuge der Landtagswahlen und der Regierungsbildung umgesetzt. Unter Vorsitz von Wirtschaftslandesrat Willibald Ehrenhöfer wird es in Zukunft eine enge Abstimmung zwischen Landesregierung, Industrie, Sozialpartnern, Städte- und Gemeindebund, AMS sowie der Hochschulkonferenz geben.

Zum Auftakt wurde eine Standortagenda verabschiedet, in der die Maßnahmen und Themenfelder enthalten sind, an denen gearbeitet wird. Aktuell sind dabei drei Themen besonders im Fokus: die Transformation der Mobilitätsindustrie, die Sicherheit der Energieversorgung für die heimischen Unternehmen und die Frage, wie die steirische Wirtschaft zu ausreichend qualifizierten

Fachkräften für die Zukunft kommt. Insgesamt enthält die Agenda eine Liste mit rund 30 Leitprojekten, die besonders zur Weiterentwicklung des Standorts beitragen sollen.

DREI FRAGEN AN PRÄSIDENT KURT MAIER

Die Einrichtung der Standortpartnerschaft war eine der IV-Steiermark-Forderungen. Wieso ist eine solche sinnvoll? Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts muss oberste Priorität der Politik sein, und um das sicherzustellen, wird eine solche Standortpartnerschaft durch den regelmäßigen Dialog zwischen der Landesregierung und den relevanten Stakeholdern beitragen.

Was ist aus Ihrer Sicht entscheidend, damit diese Standortpartnerschaft zum Erfolg führt?

Der Ausbau wichtiger Straßenverbindungen zählt ebenso dazu wie die Verbesserung von Kompetenzen in Zukunftsbereichen wie Digitalisierung und künstlicher Intelligenz oder Investi-

tionen in Forschungsfelder wie Wasserstoff und Biomedizin. Ziel ist es, vorliegende Projekte rasch umzusetzen und gleichzeitig neue standortrelevante Projekte zu entwickeln.

Wichtig ist, dass es eine klare Agenda mit Maßnahmen und Projekten sowie einen gut aufgesetzten Prozess mit terminierten Umsetzungsschritten gibt. Weiters wird es entscheidend sein, dass die Themen und der Prozess vonseiten des Landes ressortübergreifend vorangetrieben werden und sämtliche Vorhaben ineinandergreifen.

Welche Themen müssen im Rahmen der Standortpartnerschaft angegangen werden? Wir haben uns bei der Erstellung der

Agenda intensiv eingebracht und alle fünf großen Themenfelder – Innovationskraft und Digitalisierung, leistungsfähige Infrastrukturen, Energietransformation, Fachkräftesicherung und Internationalisierung – sind aus Sicht der Industrie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit anzugehen. Ein besonderer Fokus muss auf die Versorgungssicherheit im Kontext der Elektrifizierung industrieller Prozesse gelegt werden, damit wir als energie- und produktionsintensiver Standort auch in Zukunft reüssieren können.

Maßnahmen zur Konjunkturbelebung

Im Rahmen eines Hintergrundgesprächs zur Studie „Vorschläge zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren“ wurden 20 konkrete Maßnahmen präsentiert, die aufzeigen: Bürokratieabbau, Deregulierung und Verfahrensbeschleunigung sind möglich.

Es ist die mit Abstand günstigste Form der Konjunkturbelebung – sie erfordert lediglich den entsprechenden politischen Willen“, betonten IV-Steiermark-Präsident Kurt Maier und WKO-Steiermark-Präsident Josef Herk in Bezugnahme auf Deregulierung zur Entlastung der Wirtschaft: Bei der Vorstellung zur Studienarbeit der Universität Graz lieferten praktikable Vorschläge auf 133 Seiten ein umfassendes Paket an Lösungsansätzen; eine Potenzial- und Risikoanalyse der Vorschläge sorgt für eine praxisnahe Einordnung aus betrieblicher Perspektive.

Key-Take-aways der Studie

- Genehmigungsfiktionen stellen, insbesondere in Verbindung mit verbindlichen Entscheidungsfristen, ein effektives Instrument zur Verfahrensbeschleunigung dar, sofern Rechts- und Planungssicherheiten hergestellt sind.
- Durch eine Privatisierung einzelner Zuständigkeiten können Kapazitätsengpässe überbrückt und Verfahren effizienter gestaltet werden. Der Staat bleibt auch dann, wenn er sich aus der unmittelbaren Leistungserbringung zurückzieht, in seiner Rolle als „Gewährleister“ weiterhin gefordert.
- Die konsequente Nutzung digitaler Möglichkeiten kann wesentlich zur Beschleunigung und Transparenz von Verwaltungsverfahren beitragen und zugleich strukturelle Herausforderungen wie Kompetenzkonflikte wirksam abfedern.

Präsident Kurt Maier fasst abschließend zusammen: „Unsere Unternehmen

investieren und setzen um – dafür brauchen sie jedoch Rechts- und Planungssicherheit, schnelle Verfahren und echten digitalen Fortschritt. Privatisierung kann Tempo bringen, Digitalisierung schafft Transparenz und Effizienz. Und: Deregulierung muss auch zu weniger Bürokratie führen.“

Update:

Die 20 Maßnahmen aus der Studie wurden im Zuge der Deregulierungsoffensive des Landes Steiermark eingebracht. Das erste Deregulierungsgesetz wurde Anfang Juli präsentiert und zur Begutachtung vorgelegt. Der Gesetzesbeschluss soll im Oktober erfolgen. Es handelt sich um eine

Sammelinitiative, die 30 Einzelgesetze betrifft und mit der nicht mehr notwendige Gesetze abgeschafft, Beiräte aufgelöst, Berichtspflichten entfallen oder Fristen dazu verlängert, Verfahren erleichtert und Doppelregelungen beseitigt werden. Für 2026 ist ein weiteres, noch umfangreicheres Deregulierungspaket geplant.



Studienautor Prof. Stefan Storr (Mitte) präsentierte mit den Präsidenten Kurt Maier (IV-Steiermark, l.) und Josef Herk (WKO Steiermark, r.) die Ergebnisse.

„AUTOMATISIERUNG 360°“ – TRENDS, TOOLS UND HERAUSFORDERUNGEN

Automatisierungstechnik ist ein zentraler Innovationstreiber der Industrie – sie erhöht Effizienz, senkt Kosten und steigert gleichzeitig Qualität und Prozesssicherheit. Angesichts des Fachkräftemangels und globaler Wettbewerbsdynamiken bietet sie konkrete Lösungen für die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen. Wer technologische Entwicklungen früh erkennt und nutzt, verschafft sich strategische Vorteile.

Im Rahmen der dritten Fachveranstaltung des neuen IV-Formats „Insight Technology“ stand daher das Thema Automatisierungstechnik im Mittelpunkt. In einer kompakten und interaktiven Agenda präsentierten führende steirische Unternehmen innovative Anwendungen, technologische Entwicklungen und konkrete Herausforderungen: Die EVG Entwicklungs- und Verwertungs-Gesellschaft m.b.H. zeigte, wie etablierte Produktionsmaschinen durch Automatisierung effizienter und leistungsfähiger gemacht werden können; die PIA Automation Austria GmbH stellte Herausforderungen im Umgang mit Mikrosensoren vor, insbesondere bei beengten

räumlichen Bedingungen; und die HAGE Sondermaschinenbau GmbH präsentierte gemeinsam mit Computer Vision Solutions mit „Hawkeye“ ein System zur automatischen und sicheren Personenerkennung im industriellen Umfeld. In den Diskussionen wurden insbesondere auch die größten Herausforderungen in der Umsetzung

(von der in vielen Fällen schwierigen Integration in bestehende Systeme bis hin zu den oftmals hohen Investitionskosten) eingehend erörtert. Die Fachveranstaltung wurde in Kooperation mit der FH CAMPUS 02 organisiert und brachte Experten aus Industrie, Forschung und Technik zusammen. Dabei zeigte sich einmal mehr:

Die Steiermark ist ein Hotspot der Automatisierungstechnik in Europa – mit einer einzigartigen Verbindung aus industrieller Dichte, technologischer Exzellenz und starker Forschungslandschaft. Die Unterlagen bzw. die Video-Aufzeichnung der Veranstaltung können bei Interesse bei der IV-Steiermark angefordert werden.

